

## TAGUNGEN

### Wege zur europäischen Integration

Die politische Vereinigung Europas ist nach dem Scheitern der EVG in eine Sackgasse geraten; geblieben sind die hoffnungsvollen Ansätze einer wirtschaftlichen Integration. Die Frage nach dem „richtigen Weg“ dahin sind aber nach wie vor heiß umstritten. Einerseits wird das Ziel über „additive Teilintegrationen“ nach dem Modell der Montanunion angestrebt, andererseits räumt man der Methode der freien Zusammenarbeit, der funktionalen Integration, den Vorrang ein.

Die Suche nach dem besten System der wirtschaftlichen Zusammenarbeit stand im Mittelpunkt einer Diskussionsveranstaltung über das Thema „Wege und Umwege der europäischen Integration“, zu der das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-

Westfalen und der DGB-Landesbezirk gemeinsam eingeladen hatten.

Die allgemeine Problematik wurde von *Prof. Dr. W. E. Hoffmann* (Münster) überzeugend herausgearbeitet. Das Ziel der wirtschaftlichen Integration sieht Hoffmann in einer Erhöhung des Realeinkommens der europäischen Bevölkerung, wobei es ihm primär nicht so sehr um eine gleichmäßige Steigerung aller, sondern um die relative Hebung der unteren Einkommen geht. Die Hebung der Kaufkraft der unteren Einkommen soll die Nachfrage steigern und die Massenproduktion anregen, die zur Kostendegression führt. Entscheidend für die Steigerung der Produktivität sei die Größe des Marktes, ein gemeinsamer europäischer Binnenmarkt daher die wirkliche Voraussetzung der Integration. Die bloße „Koordinierung“ enthalte infolge der wechselnden wirtschaftlichen Situationen zu viele retardierende Momente. Es bestehe die Gefahr,

daß sie bei konjunkturellen Schwankungen zu sehr belastet und in ihrer Funktionsfähigkeit beschränkt wird, zerfällt und den alten Zustand der Desintegration heraufbeschwört. Die Voraussetzungen zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes, auf dem die einzelnen Nationen im Idealfall nur noch als soziologische Gruppen in Erscheinung treten, sieht Hoffmann sehr optimistisch, wenn gewisse Bedingungen der Währungs-, Finanz- und Tarifpolitik (Konvertibilität, einheitliche Transporttarife, Koordinierung der europäischen Finanzpolitik, d. h. gleiche Steuersätze bei gleichen Steuerbedingungen, ausgeglichene Nationalbudgets) erfüllt sind. Teilintegrationen weist er eine Schrittmacherrolle zu.

*Dr. Heinz Potthoff* (Luxemburg) skizzierte die Struktur des gemeinsamen Marktes der Montanunion. Ob die sehr günstige Entwicklung durch die allgemeine Konjunktur oder die Maßnahmen der Hohen Behörde ausgelöst wurde, könne nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. In fiskalischen Fragen, bei der Tarifhoheit und in der Sozialpolitik seien — infolge der nationalen Autonomie — die neuralgischen Punkte der Montangemeinschaft sehr früh in Erscheinung getreten. Potthoff vertrat die Ansicht, daß die institutionelle Lösung die Beteiligten stärker bindet und bessere Voraussetzungen für eine endgültige Regelung schafft. Die Teilintegration beurteilte er durchaus rea-

listisch. Sie sei für eine begrenzte Zeit möglich. Größere Probleme benötigten einen weiteren Rahmen. Die Frage nach dem „richtigen Weg“ beantwortete er mit einem „sowohl als auch“.

*Dr. Gerhard Albrecht*, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf, referierte über die Versuche der OEEC, der EZU und des GATT als vorbereitende Maßnahmen der funktionalen Lösung. Im Gegensatz zur Hohen Behörde der Montanunion arbeiten diese Institutionen nicht mit Verwaltungsakten gegenüber ihren Mitgliedern, sondern mit bindenden Empfehlungen. Die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit konzentrieren sich auf die Liberalisierung und die Einführung der Konvertibilität, die die Grundbedingungen für eine umfassende europäische Integration bei freiem Wettbewerb sind. Die Montanunion wurde von Albrecht nicht in Frage gestellt.

Das Ergebnis der interessanten Arbeitstagung, auf der fundiert diskutiert wurde, läßt sich am besten mit den Worten Albrechts zusammenfassen: „Man kann auf beide Methoden zur wirtschaftlichen Integration Europas nicht verzichten. Sie muß mit verteilten Rollen vorangetrieben werden, wobei Hohe Behörde und Europäischer Wirtschaftsrat sich gegenseitig ergänzen.“

*Werner Siekmann*